

Tastendes Suchen Chinas erfolgreicher Reformprozess

HANSJÖRG HERR

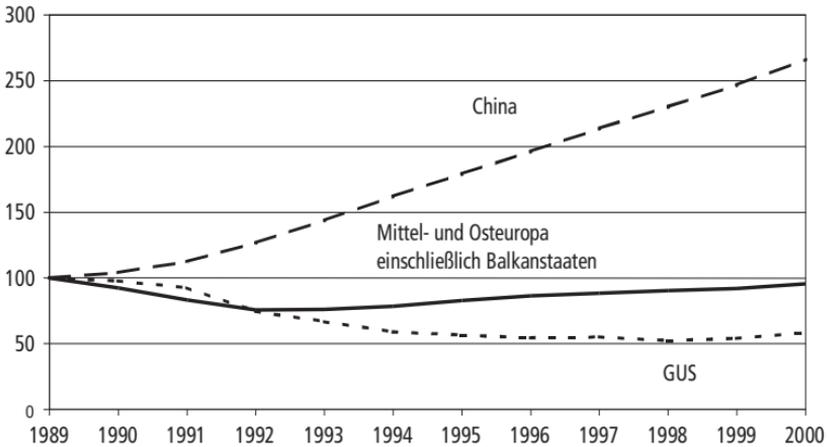
China (folgend immer ohne Hongkong und Taiwan) begann seinen Reformprozess einige Jahre nach dem Ende der Kulturrevolution und dem Tod des langjährigen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Zedong. Nach einer kurzen Phase des Machtkampfes wurden die Reformen unter der Führung von Deng Xiaoping im Jahre 1978 begonnen. Der chinesische Weg der Transformation ist durch gradualistische Reformen, massive staatliche Eingriffe in Märkte und eine späte Privatisierung von Staatsunternehmen gekennzeichnet. Er passt in keiner Weise in das Bild einer nachholenden Entwicklung nach neoliberalen Muster und unterscheidet sich fundamental von der Schockstrategie der Länder des ehemaligen sowjetischen Blocks. Aber China war höchst erfolgreich! Dieser Artikel skizziert zunächst kurz die Entwicklung in China und versucht dann zu erklären, warum der Weg aus der Planwirtschaft in China verglichen mit anderen Transformationsländern so erfolgreich war.¹ Zur Verdeutlichung wird insbesondere auf die russischen Erfahrungen eingegangen.

Die makroökonomischen Entwicklungen

In den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der ersten Phase der Reformen Anfang der neunziger Jahre um 25–30 Prozent. Einige wenige Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn konnten Ende der neunziger Jahre das Produktionsniveau, das sie am Beginn der Reformen hatten, wieder erreichen oder gar kräftig überschreiten. In der Masse dieser Länder zeigen sich jedoch auch nach einem Jahrzehnt Transformation keine blühenden Landschaften (vgl. Abbildung 1). Die Lage in den GUS-Ländern ist katastrophal. Das BIP ist in diesen Ländern auf rund 50 Prozent des Niveaus

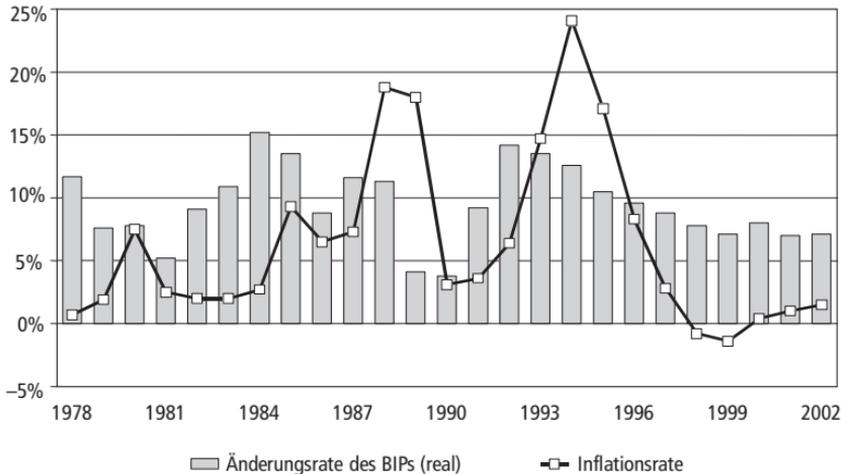
1. Vgl. Herr/Sommer/He Zerong 2002; Herr/Hübner 1999.

Abbildung 1
 Entwicklung des realen BIPs in verschiedenen
 Transformationsländern 1989–2000 (1989 = 100)



Quelle: IWF, Wold Economic Outlook – verschiedene Jahrgänge

Abbildung 2
 Wachstumsrate und Inflationsrate der VR China 1978–2002



Quelle: IWF, Wold Economic Outlook, März 2001

Tabelle 1
 Jährliche Änderungen der Konsumgüterpreise
 in verschiedenen Transformationsländern 1989–2000

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Ungarn	17	29	35	23	23	19	28	24	18	15	10	10
Tschech. Republik ^{a)}	2	11	57	11	20	10	9	9	9	11	2	4
Slow. Republik	2	11	61	10	23	13	10	6	6	8	11	12
Slowenien	1285	549	118	207	33	21	14	10	8	9	6	9
Polen	251	586	70	43	35	32	28	20	15	11	7	10
Russland	3	5	93	1526	875	311	198	48	15	40	85	21
Kasachstan	2	6	79	1381	1662	1692	176	39	17	10	8	13
Kirgistan	2	6	85	855	772	228	53	30	26	12	37	19
Weiß-russland	2	5	99	969	1188	2200	709	53	74	50	294	169
Ukraine	2	5	91	1210	4735	891	376	80	16	11	23	28
VR China	18	3	3	6	15	24	10	7	0	-1	-1	0

a) Für 1989 und 1990 Daten der Tschechoslowakischen Republik

Quelle: IMF; World Economic Outlook, May 2001; The People's Bank of China (1998), EBRD (1999) Konsumgüterpreise, Jahresdurchschnittswerte, prozentuale Veränderung zum Vorjahr

der Planwirtschaft geschrumpft. Zwar zeigten sich in den letzten Jahren zarte Wachstumstendenzen, jedoch ist offen, wie tragfähig das Wachstum in diesen Ländern ist und wann – falls das Wachstum anhält – die tiefe Krise überwunden werden kann. China musste keine Transformationskrise hinnehmen. Ganz im Gegenteil, es konnte bis heute eine Phase der Prosperität mit hohen Wachstumsraten und steigendem Lebensstandard durchlaufen. Die Entwicklung ist auch durch einen kräftigen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gekennzeichnet, so dass China im Unterschied zu vielen anderen Entwicklungsländern während der vergangenen Jahrzehnte das Wohlfahrtsgefälle zu den westlichen Industrieländern abbauen konnte.

In Tabelle 1 wird deutlich, wie groß die makroökonomischen Ungleichgewichte vor allem in den GUS-Ländern waren. Letztere mussten in der Regel über mehrere Jahre vierstellige Inflationsraten hinnehmen.

Erst danach gelang es, das Inflationsproblem einigermaßen zu beherrschen – allerdings verbunden mit einer stagnierenden Ökonomie. Auch in den mitteleuropäischen Transformationsländern waren die Inflationsraten meist hoch. China schneidet wiederum vergleichsweise gut ab.

Seit dem Beginn der Reformen sind die chinesischen Wachstumsraten hoch, zeigen aber zyklische Schwankungen. Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre kam es zwar zu inflationären Wellen, diese konnten jedoch – verglichen mit den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern – früh gestoppt werden (vgl. Abbildung 2). Die Phasen der Inflationsbekämpfung waren durch Rückgänge der Wachstumsraten gekennzeichnet, aber seit Ende der siebziger Jahre musste China keine Rezession mehr hinnehmen.

Chinas langsames Herauswachsen aus dem Plan

Im Unterschied zur Schockstrategie der Länder des ehemaligen sowjetischen Blocks verfolgte China ein langsames Herauswachsen aus der Planwirtschaft. Dabei wurde eine Doppelstrategie verfolgt: a) die Reform der Staatsunternehmen und b) die Bildung neuer Unternehmen (vgl. Naughton 1999).

Die Reform der Staatsunternehmen

Die ersten Schritte der Reform nach 1978 waren auf den Agrarsektor begrenzt. So wurden die landwirtschaftlichen Produktionskollektive durch ein Pachtsystem ersetzt, das bis heute Gültigkeit hat. Durch diesen Schritt erhöhte sich die Produktion von Nahrungsmitteln schlagartig über einen Zeitraum von etwa einem halben Jahrzehnt. Danach fiel die Produktivitätsentwicklung auf ein niedriges Wachstum zurück. Die Landwirtschaft basiert bis heute auf Familienbetrieben. Die geringe Produktivität der Landwirtschaft hat auch eine gute Seite, nämlich die teilweise Absorption des riesigen Arbeitskräftepotenzials, denn die Masse der 1,3 Milliarden Chinesen lebt auf dem Land.

Reformen im Bereich industrieller Produktion wurden nicht gleichzeitig in allen Teilen Chinas durchgeführt. Vielmehr blieben die Reformschritte zunächst schwerpunktmäßig auf die Küstenprovinzen beschränkt, die bewusst als Vorreiter einer umfassenderen Reform dienen sollten. In den Küstenprovinzen wurden Sonderwirtschaftszonen ge-

schaffen, die weitergehende Deregulierungen und administrative Freiheiten ermöglichten. Als erfolgreich erachtete Reformschritte wurden dann von Sonderwirtschaftszonen auf die Gesamtwirtschaft übertragen. Sonderwirtschaftszonen hatten auch den Zweck, Auslandschinesen und Ausländer zu Direktinvestitionen in China zu bewegen.

Durch das langsame Herauswachsen aus der Planwirtschaft hat China einen Zusammenbruch der Investitionstätigkeit und eine Transformationskrise verhindern können.

Die Staatsunternehmen, welche wie in allen Planwirtschaften einer Mengenplanung und staatlich gesetzten Preisen unterworfen waren, wurden in China schrittweise über Jahrzehnte in den Markt entlassen. Die staatliche Festsetzung der Preise wurde in vielen kleinen Schritten beseitigt. Begonnen wurde mit der Freigabe einiger Preise im September 1982; die Masse der Preise wurde dann im Verlauf der achtziger Jahre freigegeben; abgeschlossen wurde der Liberalisierungsprozess der Preise erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. In der ersten Phase der Reform wurden den staatlichen Unternehmen für ein bestimmtes Produktionsvolumen planwirtschaftliche Preise vorgeschrieben, während die Produktion, welche über die von der Planbehörde bestimmte Menge hinausging, auf dem freien Markt verkauft werden durfte. Durch die graduelle Liberalisierung der Preise kam es nicht zu einer sprunghaften Erhöhung des Preisniveaus am Beginn des Reformprozesses, obwohl auch in China ein Geldüberhang existierte, der bei einer schnellen Freigabe der Preise einen starken Preisniveauschub bewirkt hätte (vgl. Naughton 1999). Seit Mitte der achtziger Jahre kann in China auf den Gütermärkten trotz verschiedener protektionistischer Abschottungen von Provinzen von einem deutlich zunehmenden Konkurrenzdruck ausgegangen werden, dem auch die staatlichen Unternehmen ausgesetzt sind.

Die Rolle der Mengenplanung wurde schrittweise reduziert, da die staatlichen Unternehmen immer größere Teile ihrer Produktion auf dem freien Markt veräußern durften. Bestehen blieb jedoch ein Kreditplan, der erstens das Volumen der Kreditvergabe an den staatlichen Unternehmenssektor festlegte, jedoch zweitens auch Vorgaben über die Struktur der Kreditvergabe beinhaltete. Die direkte Mengensteuerung der Produktion der Staatsunternehmen wurde schon in den achtziger Jahren eli-

miniert und durch die selektive Vergabe von Krediten ersetzt. Über sogenannte politische Kredite wurden spezifische Regionen, Branchen oder Unternehmen speziell gefördert. Ein Teil der Refinanzierung der Geschäftsbanken seitens der Zentralbank (teilweise verbunden mit besonders günstigen Zinssätzen) war zweckgebunden. Erst Ende der neunziger Jahre wurde der Kreditplan durch eine Kreditempfehlung ersetzt, die den Geschäftsbanken größere Spielräume gibt (vgl. unten).

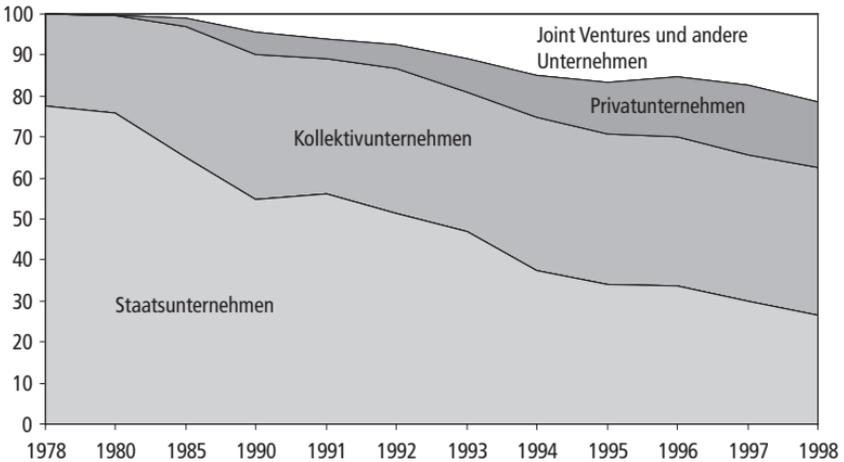
Nicht nur die Umwelt der staatlichen Unternehmen hat sich verändert, sondern es wurde versucht, auch die internen Strukturen der Staatsunternehmen zu reformieren. Die Anreizstrukturen des Managements sollten mit dem Ziel einer größeren Produktivität modifiziert werden. Durchgesetzt haben sich in den achtziger Jahren Verträge zwischen dem Management der Staatsunternehmen und den Verwaltungseinheiten (den Eigentümern der Unternehmen) auf Zentral-, Provinz-, Kreis- oder Gemeindeebene. Als wichtigster Punkt wurde in den Verträgen die Höhe der Abführung von Überschüssen festgelegt, jedoch auch die geplanten Investitionen oder die Gehälter des Managements wurden vertraglich fixiert (vgl. Lau 2000). Gleichzeitig wurde durch ein Bonussystem ansatzweise eine leistungsabhängige Entlohnung der Arbeitnehmer versucht. Bonuszahlungen wurden in ihrer Höhe bald so relevant wie die Normalentlohnung. Die Lohnspreizung (einschließlich der Gehälter der Manager) blieb gering, jedoch stieg mit der Hierarchie im Unternehmen die Möglichkeit der Verfügung über größere Betriebswohnungen, Dienstautos, Auslandsreisen etc.

Das Entstehen von Marktunternehmen

Der zweite Weg des Herauswachens aus der Planwirtschaft bestand in der Zulassung und Förderung von Nicht-Plan-Unternehmen. Bereits 1978 gab es Kollektivbetriebe, die etwa 22 Prozent des BIP produzierten. Nach 1978 entwickelte sich bei diesem Unternehmenstypus eine Gründerwelle, die von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstützt wurde. Die Kollektivunternehmen waren von Anfang an den Marktkräften und damit der Gefahr des Untergangs unterworfen. Andererseits mussten sie keine Soziallasten – wie die Staatsunternehmen – tragen und konnten Arbeitskräfte einstellen und entlassen. Die Kollektivbetriebe belegten zunächst Nischen, die von den Staatsunternehmen nicht abgedeckt wurden. Trotz ihrer geringen Kapitalausstattung, ihres Charakters als Klein- und Mittelbetriebe, ihres geringen Zugangs zu offiziellen Kre-

Abbildung 3

Struktur der Bruttoindustrieproduktion nach Eigentumsformen 1978–98



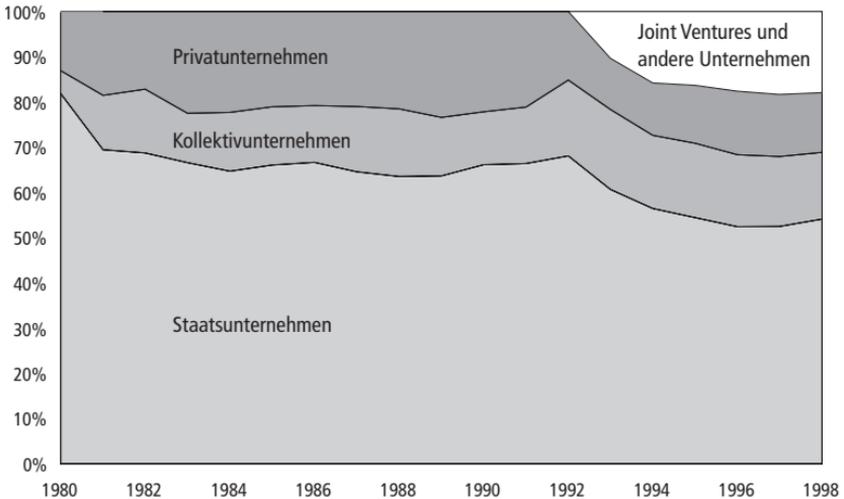
Quelle: China Statistical Yearbook 1999, eigene Berechnungen

ditmärkten und ihrer meist rückständigen Technologie waren sie so erfolgreich, dass sie selbst im Bereich der industriellen Produktion an Boden gewannen. Der Anteil der Kollektivbetriebe an der Industrieproduktion erreichte nach kurzer Zeit Werte von über dreißig Prozent (vgl. Abbildung 3). Die Eigentumsverhältnisse in Kollektivbetrieben sind für westliche Maßstäbe diffus. Dieser Unternehmenstypus hat sich im historischen Prozess in Richtung Privatunternehmen entwickelt, ohne dass jedoch das Eigentum formal in Privateigentum umgewandelt worden wäre. Gab es zu Beginn der Transformation keine Privatunternehmen, so ist deren Anteil an der Industrieproduktion Ende der neunziger Jahre auf 16 Prozent gestiegen.

Durch das langsame Herauswachsen aus der Planwirtschaft hat China einen Zusammenbruch der Investitionstätigkeit und eine Transformationskrise verhindern können (vgl. Prieue 2002). Die Investitionstätigkeit blieb während der gesamten Transformationsphase hoch. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP lag in den achtziger Jahren zwischen 25 und 30 Prozent und stieg in den neunziger Jahren auf etwa 35 Prozent an (vgl. IMF 2000). Die hohen Investitionen wurden zu einem erheblichen Teil von den Staatsunternehmen getragen (vgl. Abbildung 4). Denn diese

Abbildung 4

Anlageinvestitionen in China nach Eigentumsformen 1980–1998



Quelle: China Statistical Yearbook 1999, eigene Berechnungen

verhielten sich auch nach dem Beginn der Transformation wie Unternehmen in Planwirtschaften und wollten unabhängig vom Profitkalkül soviel wie möglich investieren. Der unersättliche Investitionshunger der Staatsunternehmen wurde durch das staatliche Bankensystem erfolgreich begrenzt (vgl. unten). Gleichzeitig konnten sich marktwirtschaftliche Wachstumskräfte entwickeln, wobei der hergebrachte planwirtschaftliche Sektor das Wachstum stabilisierte, was wiederum positiv auf die Entwicklung der Privatwirtschaft zurückwirkte.

Zum Vergleich: die Entwicklung in Russland

Der erste große Schritt im Transformationsprozess wurde in der noch existierenden Sowjetunion im Jahre 1992 unternommen. In diesem Jahr wurden die meisten Preise auf einen Schlag liberalisiert und die Planungskommission und die Mengenplanung abgeschafft. Die Staatsunternehmen fielen in ein institutionelles Vakuum ohne Kontrolle durch einen Eigentümer oder eine staatliche Behörde. Eine weitere fundamentale

Schwäche der Transformation in der Sowjetunion bestand darin, dass der durch die Preisliberalisierung ausgelöste und aus dem monetären Überhang gespeiste Preisniveauschub in einen eskalierenden Inflationsprozess mündete.

Die Ursache für die Erosion des Geldsystems lag in der Kombination der Autonomie der Unternehmen, der liberalisierten Preise und der weiterhin weichen Budgetbeschränkung begründet. Eine weiche Budgetrestriktion ist typisch für Planwirtschaften und bedeutet, dass Unternehmen keinem Konkursrisiko unterliegen und das Bankensystem die Kreditnachfrage der Unternehmen passiv bedient (vgl. Kornai 1986). In einer Planwirtschaft ist eine weiche Budgetrestriktion kein destabilisierendes Element, da sowohl das Produktionsvolumen als auch die Preise und Löhne von der Planbehörde gesetzt werden. Eine weiche Budgetrestriktion bei gleichzeitiger Autonomie der Unternehmen und liberalisierten Preisen musste jedoch zu einer ungezügelter Kreditexpansion mit entsprechenden inflationären Folgen führen.

Die Arbeitnehmer und Manager in den sowjetischen Staatsunternehmen waren nicht gewillt, die durch den Preisniveauschub bewirkten Einkommensverluste hinzunehmen. Nominallöhne sowie Bonuszahlungen wurden deutlich angehoben und setzten eine Lohn-Preis-Spirale in Gang. Das Anreizsystem war in der ersten Phase der Transformation so strukturiert, dass die Betriebe angeregt wurden, möglichst viel Kredite zur Finanzierung der steigenden Löhne und anderer Ausgaben aufzunehmen. Der äußere Wert des Rubel fiel ins Bodenlose, da die Wirtschaftssubjekte aus der erodierenden Währung in stabile ausländische Währungen flüchteten. Die sich aufgrund der steigenden Importpreise entwickelnde Abwertungs-Inflations-Spirale, die sich mit einer Lohn-Preis-Spirale verband, führte zur Eskalation des Inflationsproblems.

In den europäischen Transformationsländern wurde die kohärenzstiftende Wirkung des Plans eliminiert, bevor marktwirtschaftliche Mechanismen ökonomische Kohärenz schaffen konnten.

Der inflationäre Prozess wurde vom Bankensystem und der Zentralbank zunächst passiv hingenommen. Weiche Kredite wurden vor allem von den Zweigstellen der sowjetischen Zentralbank finanziert, denn diese Zweigstellen in den Teilrepubliken gewährten dem lokalen Unternehmenssektor und den lokalen Regierungen nahezu unbegrenzt Kredit.

Dazu kam, dass die Unternehmen in den Staatsunternehmen bei finanziellen Engpässen sich gegenseitig Kredit gaben bzw. Lieferungen von anderen Unternehmen ohne Konsequenzen nicht bezahlten. Da die Zentralbank in Moskau keine Kontrolle über ihre Zweiganstalten hatte, eskalierte der Konflikt und endete erst nach der Einführung von eigenen Währungen in den verschiedenen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Estland ging schon im Jahre 1992 zu einer eigenen Währung über, die meisten anderen ehemaligen Staaten der Sowjetunion folgten 1993. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde es möglich, eine funktionale Geldpolitik zu betreiben. In den meisten GUS-Ländern konnten die Inflationsraten nach mehrjähriger restriktiver Wirtschaftspolitik abgesenkt werden (vgl. Tabelle 1).

Restriktive Geldpolitik, obwohl unumgänglich, wurde in Russland in einer dysfunktionalen Art und Weise durchgeführt. Denn die Zentralbank stellte den Geschäftsbanken keine ausreichende Liquidität zur Verfügung oder die Banken wurden von der Regierung gedrängt, ihre Kredite an verlustbringende Unternehmen schlagartig einzustellen. Aufgrund des Liquiditätsmangels stiegen die überfälligen Zahlungen des Unternehmenssektors im Juni 1998 auf 1126 Milliarden Rubel oder vierzig Prozent des russischen Bruttoinlandsproduktes (EBRD 1998, S. 16f.). In der russischen Industrie stieg der Anteil des Tauschhandels am Umsatz von fünf Prozent Anfang 1992 auf dreißig Prozent Anfang 1996 (vgl. Poser 1997). Die EBRD (1998, S. 17ff.) berechnet für Anfang 1998 einen Anteil des Tauschhandels am Industrieumsatz von rund fünfzig Prozent. Diese Zahlen illustrieren, dass der in heimischer Währung abgewickelte offizielle Teil der Wirtschaft relativ zur inoffiziellen Wirtschaft stark an Bedeutung verlor. Stellen die Zentralbank und das Bankensystem für die Ökonomie keine ausreichende Liquidität zur Verfügung, so reißen Kreditketten, Löhne werden nicht bezahlt, zwischenbetriebliche Kredite steigen sprunghaft an, Tauschhandel blüht und Subsistenzwirtschaft greift um sich. Vor dem Hintergrund einer dergestalt zerstörten Kohärenz der Wirtschaft war der Preis für die erfolgreiche Reduktion der Inflation in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion enorm hoch.

Regulierte Außenwirtschaft und hohe Direktinvestitionen

Der chinesische Transformationsprozess wurde durch strikte außenwirtschaftliche Regulierungen beim internationalen Kapitalverkehr abge-

sichert. Kapitalimporte sind bis heute genehmigungspflichtig und nehmen in erster Linie die Form von ausländischen Direktinvestitionen an, die wiederum nur in spezifischen Branchen und in spezifischen Rechtsformen erlaubt sind. Eine Kreditaufnahme etwa von inländischen Unternehmen im Ausland ist in der Regel untersagt. Kapalexporte sind begrenzt.

Da sich inländische Unternehmen und Banken nicht nach eigenem Ermessen im Ausland verschulden konnten, war eine Entwicklung wie beispielsweise in Thailand nicht möglich. In Thailand und anderen späteren asiatischen Krisenländern haben sich nach der Liberalisierung des Kapitalverkehrs Anfang der neunziger Jahre insbesondere Banken und Unternehmen massiv in fremder Währung verschuldet. Als dann 1997 eine Umschuldung nicht gelang und Kapital abfloss, wertete der Bath und die Währungen in anderen Krisenländern in Asien kräftig ab. Die abwertungsbedingte Erhöhung der realen Schuldenlast bei Krediten in ausländischer Währung führte dann zum Zusammenbruch des inländischen Bankensystems und zu Liquiditäts- und Solvenzproblemen von Unternehmen und Banken.

In China wurde der Außenhandel bis in die neunziger Jahre hinein durch Import- und Exportlizenzen für Außenhandelsgesellschaften und wenige Großunternehmen im produzierenden Bereich sowie über hohe Zölle reguliert. Langsam wurde die Anzahl der Import- und Exportlizenzen erhöht und das Prozedere beim internationalen Handel vereinfacht, jedoch bestehen nach wie vor eine Unzahl nichttarifärer Handelshemmnisse von monopolisierten Vertriebskanälen bis zu spezifischen Normen. Zwar wird der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) nun zur Absenkung von Zöllen führen, von einem kompletten Übergang Chinas zu einem Freihandelsregime wird jedoch vermutlich noch lange keine Rede sein können.

Die Leistungsbilanz in China weist in den meisten Jahren nach dem Beginn der Reformen einen Überschuss auf. Nur Mitte bis Ende der achtziger Jahre und dann in den Jahren 1993 und 2001 war die Leistungsbilanz defizitär. Damit baute China keine Netto-Schulden und auch keine hohen Bruttoschulden gegenüber dem Ausland auf. Das Wechselkursregime in China war anfänglich durch gespaltene Wechselkurse gekennzeichnet. Nach wiederholten Abwertungen war die Währung seit 1994 an den US-Dollar gekoppelt.

China setzte bei seiner Entwicklung auf ausländische Direktinvestitionen. Im Vergleich zu Krediten haben Direktinvestitionen unter anderem

den entscheidenden Vorteil, dass bei einer Abwertung der Währung des Empfängerlandes das Wechselkursrisiko vom ausländischen Investor getragen wird. Unternehmen mit ausländischen Mehrheitsbeteiligungen oder in vollständig ausländischer Hand wurden bis auf wenige Ausnahmen erst ab Ende der neunziger Jahre erlaubt, so dass gleichberechtigte Joint Ventures das dominierende Modell der Direktinvestitionen darstellten. Seit 1985 begannen Direktinvestitionen eine Rolle zu spielen, überstiegen jedoch in den achtziger Jahren nie ein jährliches Volumen von 4,5 Milliarden US-Dollar. Ab Mitte der neunziger Jahre liegen die jährlichen Direktinvestitionen in China bei rund 35 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht etwa fünf Prozent des chinesischen BIP und über zehn Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen (vgl. Herr/Priewe 1999). China wurde nach den USA der zweitgrößte Empfänger von Direktinvestitionen der Welt.

Entgegen neoklassischen Vorstellungen hat China seinen Entwicklungsprozess mit einem mittelfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo verbinden können.

Direktinvestitionen hatten einen Anteil am hohen Wachstum in China, jedoch liegt ihr Haupteffekt im Technologietransfer, der Einführung westlicher Managementmethoden und der Öffnung von Exportmärkten. Während der achtziger Jahre war der Anteil der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung an der industriellen Produktion noch gering und die Produktion war auf den Export orientiert. Insbesondere Unternehmen aus Taiwan und Hongkong benutzen die VR China aufgrund ihrer billigen Arbeitskräfte als verlängerte Werkbank. Mit der Zunahme der Direktinvestitionen großer westlicher Firmen wurde die Eroberung des chinesischen Binnenmarktes das Hauptmotiv ausländischer Investoren. Unternehmen mit ausländischer Beteiligung produzieren derzeit etwa zwanzig Prozent der Industrieproduktion in China (vgl. Abbildung 3).

Im Vergleich dazu war Russland, das die Auslandsschulden aller GUS-Länder übernahm, von Anfang an in einer instabileren außenwirtschaftlichen Lage als China. Zwar leidet Russland als rohstoffreiches Land nicht an chronischen Leistungsbilanzdefiziten, jedoch ist vor allem der russische Staat hoch in Fremdwährung verschuldet. Aufgrund nicht kontrollierbarer Kapitalflucht stehen den staatlichen Auslandsschulden zwar

hohe Fremdwährungsguthaben russischer Bürger gegenüber, jedoch mildert dieser Umstand nicht die Schuldenlast des Staates.

Russland ging im Rahmen der Schockstrategie schon in der Anfangsphase des Transformationsprozesses zu einem weitreichenden Freihandelsregime über. Die wenigen administrativen Begrenzungen des Außenwirtschaftsverkehrs scheiterten an der Unfähigkeit der Administration, Gesetze und Anordnungen ausreichend umzusetzen. Ausländische Konsumgüter überschwemmen den russischen Markt. Dadurch geriet Russland in Gefahr, in die Lage eines rohstoffexportierenden Entwicklungslandes mit geringer inländischer Industrieproduktion abzugleiten.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Russland sind gering und liegen seit dem Reformprozess jährlich bei rund fünf Milliarden US-Dollar (vgl. IMF 2000). Insbesondere die fehlende Rechtssicherheit und das willkürliche Handeln lokaler Behörden lassen den Standort Russland als unattraktiv erscheinen.

Die Probleme des chinesischen Unternehmens- und Bankensektors

Faule Kredite der chinesischen Unternehmen

Der Sektor der Staatsunternehmen hat in China seine anfänglich dominierende Bedeutung eingebüßt. Auf den Gütermärkten wurde er von Kollektiv- und Privatunternehmen sowie von Unternehmen mit ausländischen Beteiligungen unter Druck gesetzt. Hinzu kommt, dass das soziale Netz (Renten, Krankenversorgung, Kindergärten, versteckte Arbeitslosigkeit durch Verzicht auf Kündigungen etc.) in China von den Staatsunternehmen zu tragen war; erst seit Ende der neunziger Jahre ändert sich dies langsam mit dem Beginn des Aufbaus eines allgemeinen Versicherungssystems.

Es ist wenig verwunderlich, dass Teile der Staatsunternehmen in hohe Verluste gedrängt wurden. Nach offiziellen Angaben haben sich bei den Banken uneinbringliche Forderungen gegenüber den Staatsunternehmen in Höhe von etwa 25 Prozent der gesamten Kreditvergabe (was in etwa auch 25 Prozent am BIP entspricht) aufgebaut. Verbunden war die Entwicklung mit einer drastischen Abnahme der Eigenkapitalquote der Staatsunternehmen (vgl. Yk Mo 1999, S. 80). Da die Erfassung uneinbringlicher Forderungen schwierig ist und weder Banken noch Unter-

nehmen ein Interesse haben, eine Überschuldungssituation offen anzuerkennen, dürften die tatsächlichen Werte noch höher liegen. So wird geschätzt, dass bis zur Hälfte der Kredite der staatlichen Unternehmen als problematisch gelten müssen (vgl. China Contact 2001, S. 24f.).

Ab Mitte der neunziger Jahre steigt der Druck, die weichen Kredite gegenüber den Staatsunternehmen abzubauen. Einerseits wurde die Privatisierung der Staatsunternehmen angegangen, andererseits wird versucht, die Kreditvergabe gegenüber den Unternehmen zu härten. Der Ende 2001 vollzogene Beitritt Chinas zur WTO wird den Druck zur Reform des Unternehmens- und Bankensektors sicherlich verstärken.

Kreditrationierung und politische Kredite

Das Finanzsystem in China wird durch vier große staatliche Geschäftsbanken dominiert, die in den achtziger Jahren aus der planwirtschaftlichen Monobank entstanden. Ihr Anteil an der gesamten inländischen Kreditvergabe an den Nicht-Finanzsektor entsprach im Jahre 2000 über 68 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt wurden rund sechzig Prozent aller Bankeinlagen von den vier Großbanken eingeworben (vgl. Yk Mo 1999, S. 90). Die Kreditvergabe dieser Banken konzentriert sich auf die Staatsunternehmen. Privatbanken sind bis heute in China bedeutungslos und dürften nach dem Eintritt Chinas in die WTO nur langsam an Bedeutung gewinnen. Aufgrund des Anhäufens notleidender Kredite gegenüber den Staatsunternehmen sank das Eigenkapital der vier großen Geschäftsbanken von zwölf Prozent ihrer Kreditvergabe im Jahre 1985 auf etwa drei Prozent im Jahre 1997. Die Profitabilität (return on assets) der Banken sank im gleichen Zeitraum von 1,4 Prozent auf 0,2 Prozent (vgl. Lardy 1999, S. 22ff.).

Das Anhäufen hoher fauler Kredite kam zustande, weil die Geschäftsbanken keine harte Budgetrestriktion durchsetzten und verlustbringende Unternehmen finanzierten. Allerdings gelang es in China, eine eskalierende Kreditexpansion und eine ausufernde inflationäre Entwicklung zu verhindern. Denn die Zentralbank stellte einen Kreditplan auf, der Kreditobergrenzen für die vier großen staatlichen Geschäftsbanken festlegte. Zudem werden bis heute die Verleih- und Depositenzinssätze der Banken staatlich fixiert. Die Kreditvergabe wurde dabei keinesfalls – wie in Marktwirtschaften üblich – der autonomen Entscheidung der Geschäftsbanken überlassen. Vielmehr wurden große Teile der Kredite nach politischen Gesichtspunkten vergeben. Dabei gab es offiziell festgelegte poli-

tische Kredite für spezifische Infrastrukturmaßnahmen, zur Förderung ausgewählter Regionen oder zur Unterstützung einzelner, für die Entwicklung wichtig erachteter Unternehmen. Jedoch dürfte der Großteil politischer Kredite informeller Natur gewesen sein. Die Masse der Kredite war das Resultat eines Verhandlungsprozesses zwischen den Zweigstellen der Zentralbank auf lokaler Ebene, Zweigstellen der vier großen Geschäftsbanken auf lokaler Ebene, Lokalregierungen und Staatsunternehmen. Formal kam diese Struktur dadurch zum Ausdruck, dass sich bei der Besetzung des Managements der Zweigstellen der Zentralbank und der Zweigstellen der vier großen Geschäftsbanken Lokalregierungen und jeweils höhere Ebenen der Zentralbank oder der großen Geschäftsbanken einigen mussten. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der anderen Geschäftsbanken und der Nicht-Bank-Finanzintermediäre sich im Eigentum der Lokalregierungen befinden und ebenfalls für politische Kredite instrumentalisiert werden konnten.

China ist es gelungen, schon zu Beginn der Reformen eine harte monetäre Restriktion auf makroökonomischer Ebene herzustellen und damit inflationäre Entwicklungen wie in den anderen Transformationsländern zu verhindern.

Der in groben Linien beschriebene Mechanismus der Kreditvergabe bedeutet nun nicht, dass alle politischen und über Verhandlungsprozesse vergebenen Kredite ökonomisch schlecht oder gar sinnlos waren, jedoch lässt sich nicht wegdiskutieren, dass bei der Kreditvergabe soziale Gründe und ökonomisch oft zweifelhafter Lokalpatriotismus eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. So wurden auch staatliche Unternehmen mit Krediten versorgt, die hohe Verluste realisierten und nicht effizient produzierten. In den neunziger Jahren wurde der alte Mechanismus der Kreditallokation zunehmend dysfunktionaler. Die Verluste bei den Staatsunternehmen stiegen im Verlauf dieser Entwicklung ebenso wie der Kreditbedarf zur Deckung der Verluste. Die Folge war, dass die Kreditvergabe in der Tendenz immer ineffizienter wurde, da immer größere unproduktive Löcher gestopft werden mussten.

Während zweier Perioden drohte in China die Kreditrationierung zusammenzubrechen. In den Jahren 1988 und 1989 stieg die Inflationsrate auf fast zwanzig Prozent (vgl. Abbildung 2). Dies war die Folge einer unbremsten Kreditexpansion. Der Kreditplan wurde nicht zuletzt durch

das massenhafte Entstehen vielfältiger Finanzintermediäre (Investmentfonds, lokale Banken, Kreditkooperationen etc.) durchlöchert, die nicht vom Kreditplan erfasst wurden und zumindest teilweise als Reaktion auf den Kreditplan entstanden. Die chinesische Führung reagierte auf die inflationäre Entwicklung mit harter restriktiver Geldpolitik. Im Jahre 1990 wurde die Zahl der neu entstandenen Finanzintermediäre drastisch reduziert und der Kreditplan auch bei den vier großen Geschäftsbanken strikt durchgesetzt. Die Restriktion dauerte nur kurze Zeit, und Anfang der neunziger Jahre wurde eine verstärkte Reformphase eingeleitet. Die Investitionstätigkeit und das Wachstum schnellten in den Jahren 1992 und 1993 drastisch nach oben. Binnen kurzer Zeit wurde der Kreditplan erneut ausgehöhlt. Im Zusammenhang mit dem überschäumenden Boom stieg die Inflationsrate 1994 auf nahezu 24 Prozent. Wieder war eine große Zahl von neuen Finanzinstitutionen entstanden. Als Reaktion auf die erneute Gefahr des Scheiterns des Kreditplans trat 1995 ein neues Bankengesetz in Kraft. Entgegen dem internationalen Trend ging China von einem Universalbankensystem zu einem segmentierten Bankensystem über; dies geschah mit der Begründung, dass ein segmentiertes Bankensystem im Vergleich zu einem Universalbankensystem einfacher zu kontrollieren sei (vgl. Feng Zhaobai, Cao Tinggui 1999). Erneut gelang es, den Kreditplan zu verteidigen und die Inflationsrate zurückzuführen.

Ein entscheidendes Element des erfolgreichen chinesischen Transformationsprozesses besteht darin, dass es China gelungen ist, schon zu Beginn der Reformen eine harte monetäre Restriktion auf makroökonomischer Ebene herzustellen und damit inflationäre Entwicklungen wie in den anderen Transformationsländern zu verhindern. Die Art, die Begrenzung der Kreditvergabe durchzusetzen, war primitiv, jedoch insgesamt effektiv und erfolgreich. China gelang es, eine partiell weiche mikroökonomische Kreditvergabe mit einer harten Kreditrationierung zu verbinden. In Russland gelang dies gerade nicht, denn die weiche mikroökonomische Kreditvergabe verband sich mit einer ungezügelter makroökonomischer Kreditexpansion.

Reformbemühungen im Finanzsystem

Im Bankensystem wurden Ende der neunziger Jahre Strukturreformen mit dem Ziel der Härtung der Kreditvergabe der Banken durchgeführt. Der Einfluss der Lokalregierungen wurde ausgeschaltet, die Besetzung

des Managements der Zweigstellen der großen Geschäftsbanken und der Zweigstellen der Zentralbank erfolgt nun – im Gegensatz zu früher – ohne sie. Um auch den Einfluss der Provinzen zu reduzieren, wurden die 31 eigenständigen Zweigstellen der Zentralbank auf neun überregionale Zweigstellen verringert. Zudem wurde beim Management der Zweigstellen der Zentralbank ein Rotationsverfahren eingeführt. Schon 1994 wurden drei Spezialbanken geschaffen, die alle politischen Kredite auf sich konzentrieren und beschränken sollten. Doch erst mit den Struktur-reformen Ende der neunziger Jahre wurde ernsthaft versucht, politische Kredite bei den vier großen Geschäftsbanken zurückzudrängen und aus diesen Banken, die bis dahin fiskalische Funktionen des Staates beispielsweise in der Form der Finanzierung des sozialen Netzes durch Kredite an verlustbringende Staatsunternehmen übernommen hatten, echte Banken im Sinne einer Marktwirtschaft zu machen.

Ab Mitte der neunziger Jahre wurde auch die chinesische Geldpolitik schrittweise reformiert. Das generelle Ziel bestand darin, vom Modell der Kreditrationierung auf indirekte Mechanismen der Geldpolitik überzugehen. Im Jahre 1998 wurden die Kreditobergrenzen und damit der Kreditplan abgeschafft und durch Kreditempfehlungen der Zentralbank ersetzt, die formal nicht bindend sind. Die Zentralbank hat jedoch durch die Festsetzung des Refinanzierungsvolumens nach wie vor entscheidenden Einfluss auf die Kreditexpansion der Geschäftsbanken. Der Freiraum der Geschäftsbanken wird zudem durch die staatliche Festlegung der Zinssätze begrenzt.

Bei jeder der vier staatlichen Großbanken wurden gute und uneinbringliche Forderungen getrennt, wobei jeder der vier Banken eine Vermögensverwaltungsgesellschaft (Asset Management Company) zur Seite gestellt bekam, die einen Teil der uneinbringlichen Forderungen übernahm. Kleinere Institute wie Genossenschaftsbanken etc. versuchte man, unter anderem durch Fusionen und Übernahmen, zu sanieren. Bis Ende 2000 wurden den vier staatlichen Geschäftsbanken notleidende Kredite in Höhe von 164 Milliarden US-Dollar abgenommen, was 17 Prozent des chinesischen BIP entsprach (vgl. China Contact 2001). Der größte Teil dieser Summe dürfte ein Teil der Staatsschuld werden, die in China mit unter zwanzig Prozent am BIP vergleichsweise gering ist. Die chinesische Regierung versucht zwar durch einen Schulden-Aktien-Tausch einen Teil der notleidenden Kredite in Aktien umzuwandeln, jedoch ist offen, bis zu welchem Umfang dies gelingt. Die Reform des staatlichen Unternehmenssektors und der Abbau notleidender Kredite kann nicht über Nacht

geschehen. Es spricht jedoch nichts dagegen, dass in China auch dieses Problem graduell gelöst werden kann.

Späte Privatisierung

Nicht zuletzt aufgrund der Probleme der Staatsunternehmen wurde auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Jahre 1997 der Grundstein für eine weitreichende Reform der Staatsunternehmen gelegt. Der Privatsektor wurde als integraler Bestandteil der Volkswirtschaft anerkannt, und privater Aktienbesitz wurde im Hinblick auf den Sozialismus als eine »neutrale« Form definiert. Der Staat soll sich auf die eintausend größten Staatsunternehmen konzentrieren und sich von kleineren und mittleren Unternehmen trennen. Diese Strategie lag deswegen nahe, weil insbesondere viele kleine und mittlere Staatsunternehmen Verluste machten (vgl. Herr/Priewe 1999). Kleine Staatsunternehmen wurden schon ab etwa Mitte der neunziger Jahre verkauft; ab 1997 wurde dieser Prozess auf die mittleren Unternehmen ausgedehnt und beschleunigt. Zudem werden die großen Staatsunternehmen schrittweise in Aktiengesellschaften umgewandelt; dabei sollen Minderheitsanteile dieser Unternehmen In- und Ausländern angeboten werden. Erst nach zwanzig Jahren Transformation ist China also in eine Phase massiver Privatisierung eingetreten (vgl. Lau 2000).

In den meisten Ländern des ehemaligen sowjetischen Blocks verlief die Privatisierung nach einem anderen Muster (vgl. Liebermann/Nestor/Desai 1997). Einerseits wurde die Privatisierung an den Beginn des Transformationsprozesses gelegt, andererseits sollte die Privatisierung so schnell wie möglich durchgeführt werden. In der damaligen Tschechoslowakei wurde die Voucher-Privatisierung Anfang der neunziger Jahre erprobt und dann in verschiedenen Varianten in andere Länder exportiert. Dabei wurden jedem erwachsenen Bürger Gutscheine vom Staat geschenkt oder gegen eine geringe Gebühr verkauft. Die Empfänger konnten mit den Gutscheinen dann Aktien an den Unternehmen erhalten, die zur Privatisierung anstanden. Je mehr Gutscheine auf ein Unternehmen entfielen, desto kleiner war der Eigentumsanteil, der für einen Gutschein erworben werden konnte. Die genauen Modalitäten der Privatisierung waren in verschiedenen Ländern unterschiedlich. In Russland durften Gutscheine z.B. gehandelt werden, in der Tschechischen Republik nicht; in manchen Fällen spielte die Schenkung der Unternehmen an

die Belegschaften eine große Rolle (z.B. in Russland und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion), während in anderen Fällen der Löwenanteil der Unternehmen an Outsider verschenkt wurde (z.B. in der Tschechischen Republik).

Die chinesische Entwicklung verdeutlicht, dass zwischen Entwicklung und effizienter Allokation keine eindeutige Beziehung besteht.

Die ökonomischen Effekte der Voucher-Privatisierung waren eindeutig negativ (vgl. Priewe 2000). Sie ist ein rein formaler Akt, der den Unternehmen weder neues Kapital, noch ein neues Management oder neue Absatzwege bringt. Erlangten Belegschaften große Anteile an den Unternehmen – wie beispielsweise in Russland –, dann wirkte dies hemmend auf die Modernisierung der Unternehmen, da sich Belegschaften harten Einschnitten widersetzen. In Russland waren die wenigen Staatsunternehmen, die noch existieren, weitaus reformfreudiger und verfolgten eine aktivere Restrukturierung als die privatisierten Unternehmen (vgl. EBRD 1995, S. 128 ff.). Wird privatisiert und das aus der Planwirtschaft kommende Bankensystem nicht reformiert, dann ändert sich auch nichts an der weichen Kreditpolitik gegenüber den Unternehmen. Es hat sich gezeigt, dass die Voucher-Privatisierung im Kern ein politisches Projekt war. Denn die neu an die Macht gekommenen politischen Kräfte in den Ländern des ehemaligen sowjetischen Blocks wollten den Reformprozess so schnell wie möglich unumkehrbar machen. Ein Instrument zur Erreichung dieses Zieles war die schockartige Privatisierung und die Schaffung einer Klasse von Eigentümern an Produktivvermögen. In China herrschte eine andere Konstellation, die politisch eine Voucher-Privatisierung ausschloss. Die chinesische Regierung erlag zudem nicht der Illusion, dass eine schnelle Privatisierung die Reform des Unternehmenssektors automatisch vorantreiben kann.

Drei zentrale Schlussfolgerungen

Die Bedeutung politischer Kontinuität

Entscheidend zum Verständnis der Entwicklung in China ist die Kontinuität im politischen System. Der Transformationsprozess wurde gradu-

ell angegangen, weil die politische Stabilität aufrechterhalten werden und sich das politische System nur langsam ändern sollte. Der Prozess entsprach, wie Deng Xiaoping es formulierte, einem tastenden Suchen nach Steinen beim Überqueren eines Flusses (vgl. Cao Tinggui 2002). Die Transformation in der Sowjetunion war mit deren Zerfall in verschiedene Staaten verbunden. Dazu kam eine Schwächung staatlicher Strukturen wie der Verwaltung oder der Gerichtsbarkeit. Die politischen Instabilitäten, die damit verbunden waren, machten eine kohärente Transformationsstrategie weitgehend unmöglich. Aber auch in den mitteleuropäischen Transformationsländern wie Polen oder Ungarn war die Transformation mit einer politischen Revolution verbunden. In allen diesen Ländern wurden die alten Eliten abgelöst und neue politische Strukturen geschaffen. Eine graduelle Strategie in der Form des langsamen Herauswachsendens aus dem Plan bei gleichzeitiger Existenz planwirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Mechanismen war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Typisch war in allen diesen Ländern vielmehr, dass die Kohärenzstiftende Wirkung des Plans eliminiert wurde, bevor marktwirtschaftliche Mechanismen ökonomische Kohärenz schaffen konnten.

Wachstum geht vor Effizienz

Die dominierende neoklassische Vorstellung geht davon aus, dass eine optimale Allokation physischer Ressourcen das Rückgrat ökonomischer Entwicklung darstellt. Insbesondere in Entwicklungs- und Transformationsländern führt – so das Argument – eine verbesserte Allokation zu effizienterer Produktion, erhöhtem Wachstum, steigender Beschäftigung und steigenden Pro-Kopf-Einkommen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die schnelle Einführung von Marktmechanismen und klaren Eigentumsverhältnissen in möglichst vielen Bereichen vorgeschlagen.

Die chinesische Entwicklung verdeutlicht, dass entgegen den neoklassischen Annahmen zwischen Entwicklung und effizienter Allokation keine eindeutige Beziehung besteht (vgl. Herr/Priewe 2001). Denn in China kann während der vergangenen Jahrzehnte von einer effizienten Allokation der Ressourcen und klaren Eigentumsverhältnissen keine Rede sein. Hohes Wachstum und Entwicklung ging in China mit einer ineffizienten Allokation einher. Entwicklung bedarf eines ganzen Sets makroökonomischer Bedingungen, die einen Einkommensbildungsprozess anzuknüpfen vermögen. Dynamische Unternehmen und deren Finanzierung (vgl. Schumpeter 1926) spielen dabei ebenso eine Rolle wie eine staatliche

Unterstützung von Entwicklungsprozessen. China bestätigt die keynesianische Position, dass makroökonomische Bedingungen das Wachstum steuern und die Allokation der Ressourcen auf der Mikroebene dabei eine untergeordnete Rolle spielt. Die Investitionstätigkeit als das Rückgrat von Entwicklung wurde in China durch eine Reihe von Faktoren auf hohem Niveau gehalten, die nichts mit optimaler Allokation gemein haben. Zunächst waren es die Staatsunternehmen, die eine hohe Investitionsnachfrage erzeugten; dann kamen die neu entstandenen Kollektiv- und Privatunternehmen, die eine hohe Investitionsneigung besaßen; schließlich standen die Ausländer einschließlich der Exil-Chinesen Schlange, um in China investieren zu dürfen.

Ausgeglichene Leistungsbilanz statt Verschuldung

Gemäß neoklassischen Vorstellungen führen marktinduzierte Nettozuflüsse von Ressourcen in unterentwickelten Ländern zu Entwicklung – dafür sorgt das Profitmotiv. Denn Länder mit relativ reichlicher Kapitalausstattung realisieren niedrige und Länder mit relativem Kapitalmangel hohe Profitraten. Empfänger der Nettozuflüsse von Ressourcen sind durch Leistungsbilanzdefizite charakterisiert. Letzteren stehen ausländische Ersparnisse und Nettokapitalimporte gegenüber. Die Kapital- bzw. Investitionslücke der unterentwickelten Länder wird somit durch Ersparnisse der reichen und entwickelten Länder geschlossen. Unterstellt ist ein Kausalprozess, der von Ersparnissen zu Investitionen führt. Der neoklassische Entwicklungsweg ist mit dem längerfristigen Aufbau einer außenwirtschaftlichen Verschuldung verbunden, die erst nach Jahrzehnten durch spätere Leistungsbilanzüberschüsse abgebaut wird (vgl. zur neoklassischen Position und deren Kritik Heine/Herr 2000).

Entgegen solchen Vorstellungen hat China seinen Entwicklungsprozess mit einem mittelfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo verbinden können. Es ist somit ein klares Beispiel für den Fall einer erfolgreichen Entwicklung ohne Nettoressourcenimporte. Der Kombination hoher Direktinvestitionen mit tendenziell ausgeglichener Leistungsbilanz entsprach der Aufbau von Devisenreserven und deren Platzierung im Ausland durch die chinesische Zentralbank (also ein bilanzausgleichender Kapitalexport). China zeigt, dass Entwicklung kein Problem mangelnder Ressourcen sein muss, sondern bei der *Produktion von Ressourcen* ansetzt. Ersparnisse ergeben sich dabei endogen aus den Investitionen, die einen Einkommensbildungsprozess anstoßen.

China konnte somit während der vergangenen zwei Jahrzehnte den Aufbau einer hohen Außenverschuldung und die damit verbundenen Instabilitäten verhindern. Entwicklungsländer können sich nicht wie die USA in eigener Währung verschulden, sondern müssen eine Verschuldung in Fremdwährung akzeptieren. Kräftige Abwertungen können gerade in Entwicklungsländern niemals ausgeschlossen werden, da diese Länder in aller Regel mit Instabilitäten zu kämpfen haben, die sie eben als Entwicklungsländer charakterisieren. Bei Verschuldung in fremden Währungen aber haben Abwertungen den gleichen Effekt wie Deflationen bei nationaler Betrachtung. Beides führt zur Erhöhung der realen Schuldenlast und als Folge zu massiven Liquiditäts- und Solvenzproblemen der Schuldner. Die Asienkrise im Jahre 1997 und die Russlandkrise im Jahre 1998, die jeweils mit starken externen Wertverlusten der nationalen Gelder bei gleichzeitig hoher Verschuldung in fremder Währung verbunden waren, haben den inländischen Unternehmenssektor und vor allem das Bankensystem zerrüttet. China hat sich mit seiner wirtschaftspolitischen Strategie bisher nicht in Abhängigkeiten von den internationalen Kapitalmärkten begeben und deshalb noch keine Währungskrise hinnehmen müssen.

Literatur

- Cao Tinggui (2002): »Über das politische Denken Deng Xiaopings«, in: Herr, H.; Sommer, A.; He Zerong (Hrsg.), *Nachholende Entwicklung in China. Geldpolitik und Restrukturierung*, Berlin
- China Contact (2001): Weltwirtschaftliche Integration und soziale Stabilität, 9/2001
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development): verschiedene Jahrgänge *Transition Report*, London
- Feng Zhaobai; Cao Tinggui (1999): »Über einige Probleme des chinesischen Bankensystems«, in: Herr, H.; Hübner, K. (Hrsg.), *Der lange Marsch in die Marktwirtschaft*, Berlin, S. 139–170
- Heine, M.; Herr, H. (2000): *Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, 2. Auflage, München
- Herr, H.; Sommer, A.; He Zerong (Hrsg.) (2002): *Nachholende Entwicklung in China. Geldpolitik und Restrukturierung*, Berlin
- Herr, H.; Hübner, K. (Hrsg.) (1999): *Der lange Marsch in die Marktwirtschaft*, Berlin
- Herr, H. (2000): »Transformationsprozesse und deformierte Finanzmärkte – Die VR China im Vergleich mit mittel- und osteuropäische Transformationsländern«, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, Vol. 45, Nr. 2, S. 140–164

- Herr, H.; Prieue, J. (2001): The Macroeconomic Framework of Poverty Reduction. An Assessment of the IMF/World Bank Strategy. Unveröffentlichtes Gutachten. Berlin. Siehe auch: <http://www.macropolicies-berlin.de>
- Herr, H.; Prieue, J. (1999): »High Growth in China – Transition without a Transition Crises?«, in: *Intereconomics*, Vol. 34, No. 6, pp. 303–316
- IMF (International Monetary Fund) (1995): Kyrgyz Republic. Economic Review. March, Washington, D.C.
- IMF (2000): *International Statistical Yearbook*, Washington, D.C.
- Kornai, J. (1986): »The Soft Budget Constraint«, in: *Kyklos*, Vol. 39, No.1, pp. 39–54
- Lardy, N. R. (1999): »The Challenge of Bank Restructuring in China«, in: Strengthening the Banking System in China: Issues and Experiences. BIS Policy Papers, No. 7
- Lau, R. W. K. (2000): »Privatisierung in China«, in: *Prokla*, Nr. 2, 30 Jg. S. 240–265
- Liebermann, I. W.; Nestor, S. S.; Desai, R. M. (1997): *Between State and Market. Mass Privatization in Transition Counties*, The World Bank, Washington, D.C.
- Naughton, B. (1998): China's Financial Reform: Achievements and Challenges, BRIE Working Paper No. 112
- Naughton, B. (1999): »Reform einer Planwirtschaft: Ist China einzigartig?«, in: Herr, H., Hübner, K. (Hrsg.), *Der lange Marsch in die Marktwirtschaft*, Berlin, (englische Erstveröffentlichung 1994), S. 45–76
- Keynes, J. M. (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin
- Naughton, B. (1996): China's Emergence and Prospects as a Trading Nation. Brookings Papers on Economic Activity, No.2.
- People's Bank of China (2000): Quarterly Statistical Bulletin 3/2000, Peking
- Poser, J. A. (1997): Monetary Disruptions and the Emergence of Barter in FSU Economies. Ifo Discussion Papers, No. 41, München
- Prieue, J. (2002): »Von der Unternehmensreform zur Massenprivatisierung – das Schicksal der Staatsunternehmen in China«, in: Herr, H.; Sommer, A.; He Zerong (Hrsg.), *Nachholende Entwicklung in China. Geldpolitik und Restrukturierung*, Berlin
- Prieue, J. (2000): »Privatisierung und Transformation – Lehren aus Russland«, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, Vol. 45, Nr. 1, S. 18–53
- Schumpeter, J. A. (1926): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 2. Auflage, München und Leipzig
- World Bank (1997): The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms, Washington, D.C.
- Yk Mo (1999): »A Review of the Recent Bank Reform in China«, in: Strengthening the Banking System in China: Issues and Experiences. BIS Policy Papers, No. 7 – October 1999